

Rede von Joachim Schramm,
Geschäftsführer der Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen beim
Neujahrempfang der Bochumer sozialen Gruppen 2018

Euch zunächst noch alles Gute zum Neuen Jahr und uns gemeinsam viel Erfolg auch in 2018 bei unseren vielfältigen Aktivitäten für eine friedlichere, solidarischere, gerechtere Zukunft!

Wir stehen am Beginn des Jahres 2018, das Jahr in das vor allem ein wichtiger Doppel-Jahrestag fällt. Am 9. November vor 100 Jahren endet mit der Novemberrevolution die Monarchie in Deutschland, am 11. November mit Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne der I. Weltkrieg. Die Auseinandersetzung um die Deutung dieser Jahrestage wird auch in diesem Jahr sicherlich eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Neurechte, konservative Kreise möchten an politische Traditionen der Zeit vor Weimar anknüpfen, die Rolle der Schuld Deutschlands am Ausbruch des I. Weltkriegs wurde ja schon in den vergangenen vier Jahren von verschiedener Seite geleugnet.

Das Jahr 2017 hat in außen- und friedenspolitischer Sicht positive und negative Aspekte hervorgebracht, mit denen wir auch in diesem Jahr zu tun haben werden und auf die ich jetzt näher eingehen möchte.

Ich beginne mit den negativen, damit zum Schluss das positive uns vielleicht den Weg nach vorne weist. Die Zahl der gewaltsam ausgetragenen Konflikte ist nach wie vor erschreckend hoch und drei möchte ich nennen, die von besonderer Brisanz sind. Der Krieg in Syrien und im Irak fordert weiterhin seine Opfer und mit dem Krieg im Jemen ist ein weiterer Konflikt in der Region hinzugekommen, unter dem die Menschen besonders leiden. Im Vordergrund stehen schon lange nicht mehr die Beweggründe der Menschen vor Ort, die sich gegen Diktatoren zur Wehr setzten oder für mehr Eigenständigkeit aufgestanden sind. Es ist ein großer Stellvertreterkonflikt zwischen den regionalen Mächten Iran und Saudi-Arabien aber auch der Türkei und aber vor allem auch ein Konflikt um weltweite Machtausübung zwischen den USA und anderen NATO-Staaten auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Deutschland ist mit dabei, mit den Aufklärungstornados die jetzt in Jordanien stationiert sind, mit der Beteiligung an der Besatzung der AWACS-Luftkampfzentralen aus Geilenkirchen die in die Türkei verlegt wurden und durch die Bewaffnung und Ausbildung der kurdischen Peshmerga im Irak. Und natürlich sind es auch deutsche Waffen, mit denen im Nahen Osten getötet wird. In blutigen Schlachten mit zahllosen zivilen Opfern wurde der IS aus Aleppo und aus Mossul vertrieben, sein militärisch Bedeutung stark zurückgedrängt. Doch eine tragfähige Lösung der Probleme zwischen Sunniten und Schiiten im Irak, der mit zum Aufstieg des IS beigetragen hat, steht nach wie vor aus. Ebenso ist die Frage, ob es zukünftig ein einheitliches Syrien weiter geben wird und wie die verschiedenen Volksgruppen darin leben werden, weiterhin offen. Inzwischen gehen die Kämpfe weiter und Menschen sterben, der aktuelle Angriff der Türkei auf die Kurdengebiete im Norden stellt noch einmal eine dramatische Zuspitzung dar.

Der Krieg im Jemen, in dem vor allem die Bombardements Saudi-Arabiens und seiner Verbündeten und deren Blockadepolitik zu großen Opfern unter der Zivilbevölkerung durch Kriegshandlungen und Krankheiten geführt hat, spielt in Öffentlichkeit nur eine Nebenrolle. Die Bundesregierung hat dazu weitgehend geschwiegen, um das verbündete Scheichtum nicht zu verprellen. Auch Waffenlieferungen aus Deutschland an Saudi-Arabien waren problemlos möglich, ausgelagerte Produktionsstätten von Rheinmetall liefern Bomben für den Krieg im Jemen. Im aktuellen Sondierungspapier zwischen der Union und der SPD ist nun von einem Stopp der Waffenlieferungen die Rede. Das wäre ein wichtiges Zeichen, doch wir werden sehen, was davon in der realen Politik Wirklichkeit wird.

Die DFG-VK hat zu den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten eine eindeutige Haltung. Wir sehen nicht, dass militärische Aktionen der einen oder anderen Seite den Menschen in der Region

helfen und zu einer dauerhaften Lösung der Probleme beitragen können. Wir fordern ein Ende der Kämpfe, die Aushandlung eines umfassenden Waffenstillstands, und die Einrichtung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen- und Mittleren Osten zur Entwicklung von tragfähigen Verständigungsprozessen mit allen Beteiligten. An die deutsche Regierung geht die Forderung zur Einstellung aller Waffenlieferungen an die Kriegsparteien, wie z.B. die gerade versprochenen Lieferungen an Jordanien. Seit Ende 2016 haben sich verschiedene Gruppen zu der Kampagne "Macht Frieden - Zivile Lösungen für Syrien" zusammengeschlossen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, zivile Alternativen aufzuzeigen und durch direkte Ansprache an die Abgeordneten des Bundestages diese zu einer Ablehnung der weiteren Verlängerung der Mandate für den Syrienkrieg zu bewegen. Inzwischen mehren sich im Bundestag die Stimmen, die den Sinn dieses Mandats in Frage stellen. Daran sollten wir anknüpfen.

Auch wenn der Ukraine-Konflikt nicht mehr so die Schlagzeilen beherrscht, bildet er doch die Grundlage für die anhaltenden Spannungen zwischen NATO und Russland in Europa. Dieser Konflikt wird als Begründung herangezogen, um wieder verstärkt us-amerikanische Kampftruppen nach Europa zu holen, zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten an der russischen Grenze zu stationieren und auch die neuen Aufrüstungspläne Deutschlands und der NATO werden mit diesem Konflikt begründet. Auch NRW ist in diese militärische Eskalation einbezogen, mit dem US-Waffendepot in Dülmen oder der Bundeswehr-Kommandozentrale in Kalkar, die in diesem Jahr die Führung des Luftwaffenanteils der NATO Response Force, der Schnellen Eingreiftruppe der NATO, übernimmt. Diese Eskalationspolitik birgt die Gefahr neuer militärischer Konflikte. NATO -Militärs spekulieren schon heute mit der Möglichkeit eines großen Krieges in Europa. Dem gilt es Einhalt zu gewähren! In den vergangenen Wochen hat ein breites Bündnis von bekannten Friedensaktivisten, Politikern, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Künstlern einen Appell gestartet, auf den ich gleich noch zurückkommen werde. Darin fordern sie eine neue Entspannungspolitik mit Russland, Verhandlungen und Abrüstungsmaßnahmen. Doch noch stehen die Zeichen auf weitere Militarisierung. Mitte November wurde in der EU die "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (engl. abgekürzt PESCO) beschlossen. Diese Zusammenarbeit umfasst verschiedene konkrete Projekte von einem gemeinsamen Trainingszentrum für Militärausbilder über eine intensivierete Seeraumüberwachung bis zur gemeinsamen Entwicklung neuerer Infanteriefahrzeuge. Insgesamt sind die 25 teilnehmenden EU-Staaten gehalten, ihre Ausgaben für Rüstung auf 20% des Militäretats anzuheben, also deutlich mehr Waffen zu kaufen als bisher. Auch die Abstellung von Truppen an die sog. EU-Battlegroups ist verbindlich vereinbart, deren Einsätze einfacher beschlossen werden können. Obwohl man sorgsam den Begriff einer EU-Armee vermeidet, sind mit PESCO wichtige Weichen in diese Richtung gestellt worden. Diese wäre nicht etwa ein bessere Alternative zur NATO sondern ein weiterer, auf Intervention und Machtausdehnung ausgerichteter Militärblock in der Welt. Die deutsche Mainstream-Politik bekennt sich inzwischen vorbehaltlos zur Ausweitung der militärischen Stärke Deutschlands. In dem vorliegenden Sondierungspapier von CDU und SPD ist keine wirklichen Änderung zu erkennen, wichtige Fragen sind offenbar so klar, dass sie gar nicht angesprochen werden. Der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Ischinger spricht in einem aktuellen Interview von einem slow-motion-Prozess, der zu dieser Militarisierung geführt habe. Auch wenn immer wieder tränenreich das Bild der maroden, kaum einsatzfähigen Bundeswehr an die Wand gemalt wird, ist das Ziel klar: Der Aufstieg mindestens in die militärische Klasse von Großbritannien und Frankreich, fähig zu Kriegseinsätzen in der ganzen Welt, ausgestattet mit den dazu notwendigen Kriegsschiffen, Panzern, Flugzeugen, Drohnen und anderen Kriegsgerät. Und nur wenn die Rüstungskonzerne ihre Waffen auch in alle Welt verkaufen können, lohnt sich die Entwicklung dieser modernen Waffensysteme für die Bundeswehr und andere europäische Armeen. Diese mörderischen Logik wollen wir durchbrechen: Rüstungsexporte stoppen!

Vor dem genannten Hintergrund ist es logisch, dass die deutsche Regierung den Anteil des Militäretats auf 2% der Wirtschaftsleistung verdoppeln will. Mit diesem zusätzlichen Geld könnte die Bundeswehr deutlich effektiver ausgerüstet werden und auch personell wieder verstärkt werden. Geheime Pläne dazu veröffentlichte schon Mitte letzten Jahres das ZDF-Magazin Frontal 21. Auch Ischinger von der Münchener Sicherheitskonferenz ist da ganz offen und spricht in dem schon erwähnten Interview davon, dass Deutschland dann 80 Mrd. Euro für Militär ausgibt und damit "viel stärker ist als unsere Nachbarn". 80 Mrd. was gegenüber 37 Mrd. heute mehr als eine Verdoppelung bedeuten würde. Doppelt soviel Geld für neue Waffensysteme, für mehr Soldaten, für mehr Kriegseinsätze, für mehr Elend und Not in der Welt.

Und dieses Geld wird ja nicht nur für negative Zwecke ausgegeben, es fehlt ja auch für positive, zukunftsweisende Projekte. Der Militäretat ist schon heute mit 37 Mrd. Euro der zweitgrößte im Bundeshaushalt. Wo soll also das Geld für die Verdoppelung der Militärausgaben herkommen? Jeder Euro Steuergeld kann nur einmal ausgegeben werden und wir werden in den nächsten Jahren darum kämpfen müssen, ob er für Waffen und Soldaten oder für soziale Maßnahmen, für Bildung, für Infrastruktur oder Investitionen für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit ausgegeben wird.

Ein erster Schritt in diesem Kampf ist der bereits angesprochene Appell "Abrüstung statt Aufrüsten", der von einem doch beachtlich breiten Personenbündnis getragen wird und den innerhalb weniger Wochen über 20.000 Menschen online und auf Papier unterzeichnet haben. Damit positioniert sich die Friedensbewegung, unterstützt von Menschen auch aus anderen sozialen Bewegungen, deutlich gegen eine weitere Aufrüstung, stellt den Zusammenhang zu notwendigen Schritten in der Sozialpolitik, der Umwelt- und Klimapolitik her. "Militär löst keine Probleme. Schluss damit! Eine andere Politik muss her! lautet eine zentrale Passage dieses Appells. Basis einer stärkeren militärischen Rolle Deutschlands ist eine ausreichend große Bundeswehr. Hier hat die Armee seit Aussetzung der Wehrpflicht ein Problem. Besonders bei den Freiwilligen, die die Bundeswehr ja als Reservoir für zukünftige Berufssoldaten ansieht, hinkt die Armee hinter ihren Zielzahlen hinterher. 2017 gingen die Zahlen um 15 % zurück, jeder vierte Freiwillige bricht den Dienst vorzeitig ab. Trotzdem gibt es eine hohe Zahl von Bewerbungen als Berufssoldat. Laut Bundeswehr wirken sich hier ihre verstärkten Werbemaßnahmen aus, für die die Armee im letzten Jahr 35 Mio. Euro Steuergelder ausgab. Diese verharmlosende Werbung richtet sich weiterhin gezielt an junge Menschen, soll vorhandene Vorbehalte gegen Krieg und Kriegshandwerk durchbrechen. Dass dies z.T. wirkt, zeigt die weiter gestiegene Zahl von Minderjährigen bei der Armee. 2128 unter 18jährige leisteten 2017 dort Dienst, obwohl sich die Bundesregierung wegen dieser Praxis der deutlichen Kritik der UNO ausgesetzt sieht. Nach wie vor wirbt die Bundeswehr an und im Umfeld von Schulen, auf Berufsbildungsmessen wie hier in Bochum, auf der Spielmesse Gamescom und anderen Gelegenheiten. Die Jugendoffiziere beeinflussen einseitig die politische Meinung der Schüler und Schülerinnen, bereits in der Lehrerausbildung versucht die Bundeswehr, Multiplikatoren unter den zukünftigen Lehren zu werben. Doch weiterhin schlägt der Armee gerade in diesem Bereich Widerstand entgegen. Und so klingt in den jährlichen Berichten der Jugendoffiziere immer wieder der Kummer über widerständige Lehrer und Schüler an, die die guten Absichten der Offiziere nicht akzeptieren wollen. Lasst uns diesen Kummer der Jugendoffiziere verstärken, lasst uns gemeinsam Protest gegen Bundeswerbung an Schulen und anderswo fortsetzen, z.B. bei den Aktionen zum internationalen Tag gegen Kindersoldaten, dem Red Hand Day Anfang Februar oder bei der Berufsbildungsmesse hier in Bochum. Kein Werben fürs Töten und Sterben!

Zum Schluss wie versprochen der positiven Aspekt der Friedenspolitik des vergangenen Jahres. Nach mehrjährigen Bemühungen und Verhandlungen unterzeichneten im Juli 2017 122 Staaten den UN-Verbotsvertrag von Atomwaffen. Damit durchbrachen die Staaten, die nicht länger potentielle Opfer der Atomkriegsabenteuer der Atommächte sein wollen, den jahrzehntelangen

Stillstand bei dem Versuch, Atomwaffen abzuschaffen. Während der alte Atomwaffensperrvertrag das Gesetz des Handelns in die Hände der Atommächte legt - sie sollen die Weiterverbreitung der Atomwaffen verhindern und über die Abschaffung unter sich verhandeln - steht nun die erklärte Auffassung einer Mehrheit der Staaten der Welt im Raum, dass Atomwaffen illegal sind. Alle Atommächte und auch Deutschland mit seiner nuklearen Teilhabe verstoßen somit gegen aktuelles Völkerrecht. Dieser Vertrag ist enorm wichtig, gerade angesichts aktueller Aufrüstungsprojekte aller Atommächte und der Tatsache, dass nicht nur in USA und Nordkorea ganz konkret mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht wird.. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die internationale Organisation "ICAN" verstärkt diesen Effekt noch einmal. Hier wurde eine Friedensorganisation ausgezeichnet, die über ihre internationale Arbeit einen nicht unwesentlichen Anteil am Zustandekommen dieses Verbotsvertrages hat. Das sollte Mut machen für unsere Bemühungen gegen Krieg und Rüstung, für Frieden, Abrüstung und Zivile Konfliktbearbeitung auch in 2018! Vor 100 Jahren entstand nach 1918 in Deutschland eine breite Bewegung gegen den Krieg, getragen von pazifistischen Organisationen wie der DFG aber vor allem auch durch die Arbeiterbewegung. Vielleicht hilft die Erinnerung daran auch uns, uns breiter aufzustellen und mehr Menschen zu erreichen. Der Ostermarsch wird in wenigen Wochen Gelegenheit bieten, hier einen neuen Anlauf zu nehmen. Wir sehen uns dort!